



# Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 1. Dezember 2023 |  
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

ein großer Staatsmann ist gestern von uns gegangen: Henry Kissinger ist im Alter von 100 Jahren verstorben. Zweifelsfrei ist Henry Kissinger vor allem als US-Außenminister in der öffentlichen Erinnerung prägend. Auch seine Kritiker würden zugeben: Er ist einer der einflussreichsten Weltdiplomaten der Zeitgeschichte gewesen. Der SPIEGEL bemerkte gestern in einem Nachruf: „Als er zur Welt kam, lebten Woodrow Wilson, Wladimir Iljitsch Lenin und Gustav Stresemann noch. Als er starb, regierten Joe Biden, Wladimir Putin, Xi Jinping und Olaf Scholz.“

Viele staunen nicht schlecht darüber, wenn sie über die Herkunft von Kissinger lesen. Er kam 1923 im mittelfränkischen Fürth zur Welt und lebte bis zur Vertreibung durch die Nationalsozialisten im Jahr 1938 mit seiner Familie in Deutschland. Im Jahr 1943 wurde Henry Kissinger amerikanischer Staatsbürger. Sein Ruf als Realpolitiker und begnadeter Strategie rührt vor allem

aus seinem Wirken in weltumspannenden Großkrisen, in denen er mit Geschick, Wissen und unkonventionell-pragmatischem Vorgehen agierte. Die amerikanisch-vietnamesischen Friedensverhandlungen, die Geheimdiplomatie mit China zu Beginn der 80er Jahre und die Abrüstungsverträge mit der Sowjetunion sind als weltpolitische Wegmarken in die Geschichte eingegangen. Sicher war und ist einiges umstritten und auch das Wirken eines Mannes, den Politologen als einen der effektivsten Staatsmänner des vergangenen Jahrhunderts beschreiben, muss mit der gebotenen kritischen Distanz begleitet werden. Aber Wohlgesonnene wie Kritiker werden Kissinger nicht absprechen, dass er über ein solides und kenntnisreiches politisches Fundament verfügt hat. Eine Feststellung, die man angesichts der deutschen Außenpolitik und der Ampel-Regierung im Allgemeinen nur schwerlich über die Lippen bekommt.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Markus Koob



## Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Haushaltskrise in Deutschland
- Kampf gegen Antisemitismus
- Im Gespräch mit dem Botschafter Neuseelands
- 4,6 Millionen Bundesmittel für den Breitbandausbau in Limburg-Weilburg

## Ampel stürzt Deutschland in eine Haushaltskrise.

Schon früh haben wir uns in den Beratungen um den Nachtragshaushalt 2021 mit unserer Einschätzung eingebracht, dass dessen Verabschiedung aus einer Reihe von Gründen verfassungswidrig sei. Im Kern unserer Kritik standen dabei drei Punkte: die rückwirkende Umwidmung von zur Bekämpfung der Corona-Pandemie ausgebrachten Kreditermächtigungen zu Gunsten des Klimaschutzes sowie die nachträgliche Verabschiedung des 2. Nachtragshaushaltes 2021 im Jahr 2022 und letztlich ein Buchungstrick zur Aushöhlung der Schuldenbremse. In all diesen Punkten hat das Bundesverfassungsgericht Verstöße gegen das Grundgesetz festgestellt und deshalb den 2. Nachtragshaushalt 2021 der Ampel nicht nur für verfassungswidrig, sondern sogar für nichtig erklärt. Das Urteil stärkt die Schuldenbremse – das ist aus Gründen der Generationengerechtigkeit und nachhaltiger Finanzen richtig. Schließlich müssen diese Notkredite auch wieder getilgt werden. Die finanziellen Folgen des Urteils sind merklich, aber keineswegs untragbar. So waren die im Klima- und Transformationsfonds nun „fehlenden“ 60 Mrd. Euro nur zu einem geringen Teil für das Jahr 2024 eingeplant. Die restlichen Mittel sollten in anderen Jahren zum Einsatz kommen. Insofern müssen in erster Linie die für das

Jahr 2024 eingeplanten Mittel durch Einsparungen an anderer Stelle finanziert werden. Angesichts von Rekordsteuereinnahmen bleibt darüber hinaus festzustellen: der Bund hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. **Standpunkt:** Es handelt sich um eine durch die mangelnde Prioritätensetzung der Ampel-Koalition und insbesondere auf den ausufernden Ausbau von Sozialleistungen zurückzuführende Haushaltskrise. Sie kam nicht über eine Klage der CDU-/CSU-Fraktion unvorhergesehen über das Land, sondern steht in der politischen Verantwortung dieser Koalition. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zwingt die Ampel nun zur Prioritätensetzung. Im Bundeshaushalt. Beispielhaft genannt sei hier das Bürgergeld.

Allein 100.000 Menschen mehr in Arbeit zu bringen, würde gesamtstaatlich eine Entlastung der Staatsfinanzen von bis zu 3 Mrd. Euro bedeuten. Aber auch überholte Steuersubventionen, Förderprogramme sowie überbordende Personalausstattungen müssen kritisch auf den Prüfstand. Die Ampel redet gern vom Abbau klimaschädlicher Subventionen, passiert ist bisher jedoch praktisch nichts. Allein die von der Union immer wieder geforderte Rückabwicklung des Gebäudeenergiegesetzes würde knapp 10 Mrd. Euro einsparen. Das ganze Ausmaß der Konzeptionslosigkeit bis an die Grenzen der Realitätsverweigerungen haben wir in dieser Woche bei der Debatte am Dienstag erlebt. Der Bundeskanzler hielt eine uninspirierte Rede zur aktuellen Haushaltssituation, ohne einen Hauch von Lösungen aufzuzeigen. Schade! •

## Kampf gegen Antisemitismus.

**W**ir blicken mit Abscheu auf den aus Anlass des Hamas-Terrors bei Kundgebungen und Demonstrationen in Deutschland offen zutage tretenden Hass und Antisemitismus. Die Zurschaustellung von Freude über Tod von Jüdinnen und Juden ist unerträglich und muss alle nach den Regeln des Rechtsstaats möglichen Konsequenzen nach sich ziehen.

***Standpunkt:** Bedauerlicherweise hat sich gezeigt, dass die strafrechtlichen Sanktionen und ausländerrechtlichen Handlungsmöglichkeiten des deutschen Rechtsstaats noch nicht den Erfordernissen genügen. Deshalb haben wir in dieser Woche zwei Vorlagen mit dringend notwendigen Gesetzesverschärfungen in den Deutschen Bundestag eingebracht. Beide Gesetzentwürfe greifen den Regelungsbedarf auf, den wir bereits in der vergangenen Woche in unserem Entschließungsantrag zur Vereinbarten Debatte „Historische Verantwortung wahrnehmen – Jüdisches Leben in Deutschland schützen“ festgestellt haben: Im Strafrecht braucht es Anpassungen bei den Delikten der Volksverhetzung, des Landfriedensbruchs und der Sympathiewerbung für Terrororganisationen. Im Ausländerrecht wollen wir sicherstellen, dass antisemitische Ausländer nicht eingebürgert werden können und bei antisemitischen Straftaten unser Land wieder verlassen. •*

## Die Rolle der UN im Nahostkonflikt kritisch begleiten.

**D**ie andauernde bewaffnete Auseinandersetzung hat uns auch in dieser Woche beschäftigt. Am Rande der Sitzungswoche bin ich mit Hillel Neuer, Direktor von UN Watch, und Mirjam Rosenstein, Geschäftsführerin des NAFFO Nahost Friedensforums, zu einem Gespräch zusammengekommen.

UN Watch ist eine Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Genf, die die Arbeit der Vereinten Nationen - besonders in Bezug auf den Nahostkonflikt - kritisch begleiten. Wir haben uns konkret über notwendige Reformperspektiven bei der UNRWA unterhalten. Dieses UN-Hilfsprogramm kümmert sich um die Betreuung palästinensischer Flüchtlinge - seine Rolle in dem Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern kann aber durchaus kontrovers betrachtet werden.

Deutschland als zweitwichtigster Geldgeber der UNRWA trägt eine wichtige Verantwortung dafür, dass beispielsweise in Schulen der UNRWA nicht weiter Judenhass und die Zerstörung Israels propagiert werden. Gleichzeitig muss den Menschen in den Palästinensergebieten angesichts der dramatischen humanitären Lage weitergeholfen werden.

Selbst wenn es derzeit illusorisch erscheint, für mich ist klar: Nur eine Zwei-Staaten-Lösung kann meines Erachtens den Konflikt beenden und den Palästinenserinnen und Palästinenser eine Perspektive in einem lebensfähigen Staat geben. •

## Kia ora, Herr Botschafter!

**A**m Rande dieser Sitzungswoche hatte ich die Ehre den Botschafter Neuseelands, Craig Hawke, in meinem Büro zu einem persönlichen Austausch zu treffen. Neben den aktuellen globalen Krisenherden, wo Deutschland und Neuseeland als Wertepartner viele Ansichten teilen, lag der Fokus aber auch auf der Entwicklung unserer bilateralen Beziehungen. Als großer Meilenstein gilt hierbei das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland, das im Juni dieses Jahres geschlossen wurde.



Neuseeland hat zwar weniger Einwohner als Hessen, ist aber neben Australien die führende Nation unter den pazifischen Inselstaaten. Gerade weil sich Deutschlands außenpolitischer Fokus zunehmend auf den Indopazifik richtet, sind unsere Beziehungen mit westlichen Demokratien wie Neuseeland umso wertvoller.

Vielen Dank, Herr Botschafter, für das anregende Gespräch! •

### Die gute Nachricht der Woche:

## 4,6 Millionen Euro Bundesförderung für Gigabit- ausbau im Landkreis Limburg-Weilburg

*Der Landkreis Limburg-Weilburg hat in dieser Woche im Rahmen des Förderprogramms zur Unterstützung des Gigabit- ausbaus der Telekommunikationsnetze einen Zuwendungsbescheid über Bundesmittel in Höhe von 4,6 Mio. Euro erhalten. Diese Bundesmittel kommen unterversorgten Adressen in meinen Wahlkreiskommunen Beselich, Löhnberg, Mengerskirchen, Merenberg, Runkel, Villmar, Weilburg, Weilmünster und Weinbach zugute. •*